

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktionen der CDU/CSU und der SPD

Berichte aus den Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, über vertrauliche Gespräche, die Gregor Gysi 1979/80 als DDR-Rechtsanwalt mit Mandanten geführt hat

Vizepräsidentin Petra Pau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Kollegin Maria Michalk für die Unionsfraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Maria Michalk (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will am Anfang dieser Aktuellen Stunde feststellen, dass es inzwischen wohl kaum noch jemanden gibt, dem unbekannt ist, welcher Mittel sich die SED-Diktatur bedient hat, um alles gesellschaftliche Leben in der DDR unter Kontrolle zu haben und zu halten. Parteien und Massenorganisationen wurden gleichgeschaltet. Betriebe produzierten auf Anweisung. Den dadurch selbstverschuldeten Versorgungsmangel erwiderte die Bevölkerung mit Hamsterkäufen. So drehte sich die Spirale, bis das Wirtschaftssystem kaputt war. An den Folgen arbeiten wir noch heute.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD - Jörg Tauss [SPD]: Das hat viel Geld gekostet! - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Und kostet noch immer viel Geld!)

Dass die SED im gesellschaftlichen Leben alles im Griff hatte, damit fanden sich nach und nach viele Bürger ab. Die spätere Generation kannte - außer durch Berichte im Westfernsehen, durch Medien, die in bestimmte Regionen durchdrangen, jedoch nicht ins Tal der Ahnungslosen, nach Dresden, wo wir viel Kultur hatten, aber kein ARD und kein ZDF - nichts anderes; sie kannte den Begriff der Freiheit eigentlich nicht. So haben sich die Menschen zunehmend auf ihr privates Leben konzentriert. Sie haben Nischen gesucht und gefunden und waren persönlich sehr glücklich. Es ist mir wichtig, dass wir das zu Beginn dieser Debatte noch einmal feststellen.

Es menschetelte auch in der DDR. Nach und nach wusste jeder, dass, wenn irgendwo eine Versammlung, ein Gespräch oder eine andere Gelegenheit war, zu der Menschen zusammenkamen, immer ein Dritter,

Vierter oder Zehnter mit im Raum war, der sich nicht outete, wie wir immer gesagt haben; deshalb der schöne Ausspruch: "Horch und Guck" ist mit dabei.

Obwohl ich aus Bautzen komme und 1989 durch die Öffnung des Stasigefängnisses in Bautzen die unermessliche Tragik dieses Systems, das, was den Menschen angetan worden ist, erlebt habe, habe ich das ganze Ausmaß dieses Bespitzelungssystems erst richtig begriffen, als ich 1990, damals in der Volkskammer, die Handlungsorientierung, sprich: die Aktenanweisung, im Grunde genommen Dienstanweisung, des Herrn Mielke gesehen habe, der im Auftrag der SED als oberster Stasimann zu organisieren hatte, wie man IMs rekrutiert, wie man Menschen bespitzelt und wie man Menschen bei der Stange hält. Ein Problembewusstsein dafür, dass hier in die intimsten Sphären der Menschen eingedrungen wurde, gab es nicht. Diese Erkenntnis wurde total ausgeblendet. Der Mensch war Objekt. Haargenau wurde beschrieben - dies kann auch heute noch jedermann nachlesen -, was ein IM, ein angehender IM oder ein auf Probe handelnder IM anzustellen hatte, um Menschen für die Arbeit des Stasisystems zu gewinnen: Diese wurden erpresst und letztendlich - auch dieser Ausdruck wurde immer wieder verwendet - weichgekocht.

Leider müssen wir auch feststellen, dass sich viele freiwillig in den Dienst dieses Apparates gestellt haben, weil es Geschenke und etwas zu verdienen gab. Ich will hier ein kuriose Ereignis erwähnen: Noch im Herbst 1990 fragte ein alter Herr am Postschalter nach, warum er keine Überweisung mehr bekommen würde. Dies zeigt die ganze Komik und Dramatik. In jedem Fall kann man aber feststellen, dass es sich um ein Unrechtssystem handelte. Es ist traurig, feststellen zu müssen, dass jemand, der in einem frei gewählten Parlament sitzt - ich meine Herrn Gysi -, in der Tradition fortfährt, die wir all die Jahre beobachten konnten, nämlich nur das zuzugeben, was schwarz auf weiß nachgewiesen wurde.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Unsäglich ist das!)
Eine Aufarbeitung findet durch die Partei, die diesen Schlamassel verursacht hat, nicht statt.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb war es richtig, in diesem Parlament für das vereinte Deutschland ein Gesetz zu verabschieden, in dem geregelt ist, wie man dieses Unrechtssystem nach rechtsstaatlichen Kriterien aufarbeitet. Es ist gut, dass wir die Stasi-Unterlagen-Behörde und ein Stasi-Unterlagen-Gesetz haben. Das aktuelle Ereignis, über das wir in dieser Aktuellen Stunde diskutieren, zeigt, wie gut es war, dass wir Kriterien gefunden haben, um das Geschehene zu bewerten. Manche meinten damals, dass es nicht gut ist, die "Krake Stasi" in das vereinte Deutschland mitzunehmen, weil dies uns blockieren würde. Aber das Gegenteil ist der Fall: 19 Jahre nach dem Fall der Mauer und nach 19 Jahren Aufarbeitung stellen wir fest, dass es

richtig war, strenge Zugangskriterien zu schaffen und Mechanismen zu entwickeln, wie wissenschaftliche und mediale Aufarbeitung erfolgen soll.

Ich erwähne § 32 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes, auf den sich das Verwaltungsgericht Berlin beruft.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollegin Michalk, kommen Sie bitte zum Schluss.

Maria Michalk (CDU/CSU):

Das Gericht hat sehr eindeutig die Richtigkeit dieser Dokumente bestätigt. Das Faktum, dass Herr Gysi einen Tag vor der Verhandlung seine Berufung zurückzieht, ist ein Beweis dafür, dass es richtig ist, die Aufarbeitung weiter konsequent durchzuführen und die maßgeblichen Dokumente zu bewerten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, FDP und des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN - Jan Mücke [FDP]: Wo ist eigentlich Herr Gysi?)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die FDP-Fraktion hat der Kollege Christoph Waitz das Wort.
(Beifall bei der FDP)

Christoph Waitz (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gregor Gysi macht uns seit Jahren vor, wie sich alle verdächtigen Mitarbeiter der Staatssicherheit verhalten.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo ist er denn überhaupt?)

Es wird alles geleugnet. Wenn Beweise auftauchen, wird nur das zugegeben, was längst aktenkundig und bewiesen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und der CDU/CSU)

Die Zeitungen zitieren übereinstimmend aus den Stasiakten von Robert Havemann. Gregor Gysi war der Anwalt von Havemann. Thomas Erwin war Gast im Hause Havemann und traf dort auf Gysi. Gysi nahm Erwin mit dem Auto nach Berlin zurück. In der Akte steht dazu: "Der IM nahm Erwin mit in die Stadt." Eine andere Person war im Auto nicht anwesend. Das Gesprächsprotokoll von der Autofahrt landete umgehend bei der Staatssicherheit.

Gregor Gysi habe willentlich und wissentlich an die Stasi berichtet. Das sagte die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Marianne Birthler. Dieser Schluss ist in Anbetracht der Aktenlage auch in meinen Augen notwendig und zulässig.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Der 19-jährige Thomas Erwin geriet infolge dieses Berichtes in die Fänge der Staatssicherheit. Er wird im Stasiuntersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen inhaftiert. Er bleibt Monate in Haft und wurde später in die Bundesrepublik abgeschoben - vermutlich nachdem er freigekauft wurde.

So weit, so klar. Unklar ist mir jedoch, warum es so lange gedauert hat, bis die Informationen zu Gregor Gysi als IM-Unterlagen eingestuft und als solche von der BStU herausgegeben wurden. Hat sich die Bewertung der Akten erst jetzt so dramatisch gewandelt? Dies wäre ein erstaunlicher Vorgang, waren doch ähnliche Vorgänge im Zusammenhang mit dem Wirken von Gregor Gysi schon seit längerem bekannt. Die Gründe und Hintergründe der Neubewertung dieser Aktenmaterialien sind klärungsbedürftig.

Wir alle beobachten sehr genau, wie der Kollege Gysi mit den Vorwürfen gegen seine Person umgeht. Er spricht von "böartigen" Behauptungen, die "frei von Kenntnis" erfolgten. Da wird Oskar Lafontaine vorgeschickt, der von "Angriffen" gegen Gysi spricht und den Kopf von Frau Birthler fordert.

(Jörg Tauss [SPD]: Unglaublich! - Dr. Carl-Christian Dressel

[SPD]: Das ist ein Skan-dal! - Stephan Hilsberg [SPD]: Unerhört!)

Da wird die Linkspartei bemüht, sich hinter den Fraktionsvorsitzenden zu stellen. Gregor Gysi gibt nur das zu, was schon bekannt ist. Er dreht, verdreht und windet sich. Dabei ist die Aktenlage aus meiner Sicht schlicht und ergreifend erdrückend.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion fordert Gregor Gysi und die Linkspartei auf: Machen Sie Schluss mit dem unsinnigen Versteckspiel und klären Sie öffentlich die Rolle Ihres Fraktionsvorsitzenden im Unrechtssystem der DDR! Herr Gysi, suchen Sie

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Der ist abgetaucht!)

den Ausgleich mit denjenigen, denen Sie in Ihrer Rolle als Anwalt geschadet haben, und entschuldigen Sie sich für das, was Sie getan haben!

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beteiligen Sie sich durch die Offenlegung Ihrer Akten an der Aufarbeitung des Unrechts!

Meine Damen und Herren, Altbundespräsident Gustav Heinemann hat einmal gesagt:

Wer auf andere mit dem ausgestreckten Zeigefinger zeigt, der deutet mit drei Fingern seiner Hand auf sich selbst.

Es geht heute nicht darum, mit dem Finger nur auf Gregor Gysi und die Linkspartei zu zeigen. Es geht vielmehr um eine konsequente und unbeeinflusste Aufarbeitung des SED-Unrechts und um Aufklärung darüber, wo und in welchem Umfang die SED und die Staatssicherheit das Leben von Bürgerinnen und Bürgern in Ost- und Westdeutschland beeinflusst, manipuliert und teilweise ruiniert und zerstört haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei diesen Bemühungen um Aufarbeitung stößt man sehr schnell an Grenzen. Die FDP-Bundestagsfraktion hat zweimal vergeblich bei der Bundesregierung angefragt, wie viele ehemalige Stasimitarbeiter in den Bundesministerien und den nachgeordneten Behörden tätig sind. Die Bundesregierung hat die Auswertung der relevanten Personalakten für "praktisch nicht leistbar" gehalten. Ich meine, sie hat es auch einfach nicht gewollt. Dabei musste die Bundesregierung auf meine Nachfrage einräumen, dass ein auch heute noch aktiver Abteilungsleiter im Bundesministerium der Finanzen als "IM Konrad" für die Stasi spioniert hat.

(Stephan Hilsberg [SPD]: Hört! Hört!)

Mit dem "IM Helene" gibt es einen weiteren aktuellen Fall im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, der aus meiner Sicht von besonderer Bedeutung ist. Wir können uns ausmalen, dass diese Mitarbeiter nicht nur ihren Amtseid gebrochen und wissentlich und willentlich der Bundesrepublik Deutschland geschadet haben. Sie sind auch heute noch als unentdeckte Inoffizielle Mitarbeiter einem erheblichen Erpressungspotenzial ausgesetzt. Sie können auch heute noch von feindlichen Geheimdiensten erpresst und angeworben werden. Ich halte beide Fälle nur für die Spitze des Eisbergs. Daher fordert die FDP-Fraktion von der Bundesregierung nun endlich Aufklärung und eine fundierte Aufarbeitung der sogenannten West-IMs im Ministerialapparat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Aber auch an uns geht der Krug nicht vorbei. Denn die Antwort auf die Frage, in welchem Umfang Bundestagsabgeordnete im Zeitraum von 1949 bis 1989 wissentlich und willentlich mit der Staatssicherheit zusammengearbeitet haben, gehört auch für uns auf die Tagesordnung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Der Einwand, dass die Archivbestände der BIRTHLER-Behörde keine Differenzierung von Tätern und Opfern der Staatssicherheit ermöglichten, ist unbegründet. Es genügt ein einfacher Gang in die

Außenstellen der BIRTHLER-Behörde, um sich ein besseres Bild machen zu können.

Gregor Gysi ist der Anlass der heutigen Aktuellen Stunde. Er muss Grund für uns sein, die Aufarbeitung des SED-Unrechts und seiner Konsequenzen bis zum heutigen Tag weiter zu intensivieren.

(Beifall bei der FDP, der CDU/CSU, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Jörg Tauss das Wort.
(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Jörg Tauss (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Natürlich besteht die spannende Frage, lieber Kollege Waitz, warum Ihre Partei diese Forderung nicht während ihrer damaligen Regierungszeit gestellt hat, sondern erst heute; das ist aber ein Thema für sich. Dann hätten wir vielleicht ein paar Probleme weniger.

Heute ist der Ticker voll mit Meldungen über Oskar Lafontaine. Ich sehe hier viele Mitglieder der PDS bzw. der Nachfolgepartei sitzen. Ich vermisse in der Tat Herrn Gysi und Herrn Lafontaine, die beiden Betroffenen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich halte es für skandalös, dass beide hier kneifen. Nun gut, von Lafontaine sind wir es gewohnt, dass er immer kneift, wenn es darauf ankommt. Von Lafontaine sind wir diesen Stil gewohnt. Als es für ihn damals im Saarland unbequem wurde, hat er die Pressegesetze verschärft. Jetzt wird Frau BIRTHLER unangenehm. Daher fordert heute Herr Lafontaine von der Kanzlerin - er sollte sich einmal über die gesetzlich geregelte Unabhängigkeit der Stellung von Frau BIRTHLER informieren -, sie möge Frau BIRTHLER absetzen. Das ist bizarr. Diejenigen, von denen heute die Ticker mit Meldungen überquellen, kneifen und weigern sich, an dieser Debatte teilzunehmen. Das ist für sie bequem. Aber, wie gesagt, wir Sozialdemokraten kennen das von Lafontaine. Ihr hingegen lernt ihn gerade kennen, wie ich es auf dem Parteitag gehört habe.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Heute gab es zusätzlich von Herrn Gysi den gelungenen Versuch, mit einer Reihe von juristischen Finten und Verfügungen, die Berichterstattung in den Medien über das, was Frau BIRTHLER gesagt hat und worüber wir heute diskutieren, zu verhindern. Auch dazu kann ich nur sagen: Das ist eine schöne Haltung zu Demokratie und Pressefreiheit.

(Abg. Oskar Lafontaine [DIE LINKE] und weitere Abgeordnete der LINKEN betreten den Plenarsaal - Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

- Da kommt er ja gerade. Das finde ich ganz prima. Dann können wir die Diskussion ja fortsetzen. Herzlich willkommen, Herr Lafontaine. Wir haben zu Ihnen gerade schon die richtigen Worte gefunden.

Frau BIRTHLER hat gesagt, Gysi habe der Stasi "willentlich und wissentlich" zugearbeitet. Gysi erklärte, er "überlege noch", juristische Schritte zu ergreifen. Zwischenzeitlich ist er zumindest gegen die Medien juristisch vorgegangen. Ich kann nur sagen: Das, was Frau BIRTHLER festgestellt hat, ergibt sich aus der logischen Bewertung aller Unterlagen und der Zeugen, über die schon gesprochen worden ist. Dafür muss man noch nicht einmal ein Jurist sein: Das ergibt sich aus der Aktenlage.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es wäre an dieser Stelle gut, lieber Herr Gysi, dass Sie Ihren Kettenhund Lafontaine zurückziehen

(Unruhe bei der LINKEN - Wolfgang BÖRNSSEN [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sehr gut!)

und an dieser Stelle klar sagen: Jawohl, ich stelle dar, was damals meine Rolle war.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Ich glaube, damit würden Sie der Demokratie dieses Landes - das sollten Sie im Übrigen auch aus Achtung vor sich selbst tun - einen besseren Dienst erweisen, als Sie dies mit Ihren Beiträgen auf Ihrem Parteitag in Cottbus oder sonst wo getan haben, um dies in aller Klarheit zu sagen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will bei dieser Gelegenheit auch wegen der unsäglichen Attacken Lafontaines auf Frau BIRTHLER sagen: Die Arbeit der BStU hinsichtlich der Aufarbeitung ist überaus positiv. Sie ist auch ein Beleg dafür, dass es unter rechtsstaatlichen Aspekten und unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte möglich ist, die Situation des Unrechtsstaates DDR und die Tätigkeit der Stasi, die Schwert und Schild der SED, also der Vorgängerpartei der Linken, war, darzustellen. Sie haben sich bis heute nicht von der Vergangenheit distanziert. Sie sagen lediglich, dass das alles fast 20 Jahre her ist. Sie können aber nicht vor der Geschichte kneifen. 20 Jahre sind kein Argument und keine Rechtfertigung dafür, sich der eigenen Geschichte auch im persönlichen Bereich zu entziehen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich war als Forschungspolitiker einige Male an der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes beteiligt. Ich kann nur sagen, dass mit diesem Gesetz das von uns verfolgte Ziel, eine politische und historische Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes unter den Bedingungen eines freiheitlichen Rechtsstaates und unter Wahrung von Persönlichkeitsrechten zu ermöglichen, voll erreicht worden ist.

Wir können an dieser Stelle auf die Arbeit der Behörde und auf Frau Birthler, die diese Arbeit leistet, stolz sein. Ich sage in aller Deutlichkeit für die SPD-Fraktion: Ich stehe hinter Frau Birthler und der Art, wie sie diese Arbeit leistet.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Versuch, sie daran zu hindern, ist auch der Versuch, die Bewältigung der DDR-Vergangenheit zu hintertreiben. Man muss sich nicht darüber wundern, dass viele Jugendliche in den alten und in den neuen Bundesländern immer wieder sagen, sie hätten keine Ahnung von dem, was damals geschehen ist. Genau deshalb muss die Arbeit fortgeführt werden.

Oskar Lafontaine verweist, wie gesagt, immer darauf, all das seien olle Kamellen und die Mauer sei vor fast 20 Jahren gefallen. Dazu habe ich etwas gesagt. Aber, Herr Lafontaine, man kann aus Ihren Bemerkungen noch etwas anderes schlussfolgern. Man hat den Eindruck, Sie hätten die Weisheit mit Löffeln gefressen, und Sie wüssten nicht nur ökonomisch, wo es langgehe. Aber Ihre Parteifreunde kommen aus einem Staat, der, unbeeinflusst von der Globalisierung, geschützt durch eine Weltmacht hinter Mauern und Stacheldraht, all das realisieren konnte, was Sie heute in Ihrem Wolkenkuckucksheim auf Ihren Parteitagen formulieren. Dieser Staat ist pleitegegangen. Sie wollen vertuschen, was vor 20 Jahren in der DDR der Fall war.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Übrigen gilt das, was der Deutsche Bundestag - das ist in einer Drucksache aus der 13. Wahlperiode festgehalten - klar festgestellt hat: Dr. Gregor Gysi - darüber waren wir uns mit großer Mehrheit einig - hat für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik gearbeitet. Das ist als erwiesen festgestellt worden.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Pfui!)

Diese erwiesene Feststellung werden wir auch heute von Ihnen nicht vertuschen lassen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Die Linke hat nun Dr. Gregor Gysi das Wort.

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Eine Entschuldigung bei den Opfern ist angesagt! - Hildegard Müller [CDU/CSU]: Stolz auf die Stasi!)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE) :

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Was Sie heute hier mit der Debatte bieten, ist ein trauriges Schauspiel

(Lachen bei der SPD und der CDU/CSU - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Und Sie sind die Hauptfigur! - Zuruf von der CDU/ CSU: Kein Theater, sondern die Wahrheit!)

und zeigt das enge Zusammenwirken der Bundesbeauftragten Frau Birthler mit gegnerischen und konkurrierenden Parteien der Linken.

(Irmgard Schewe-Gerigk [BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN]: Das ist eine Dreistigkeit! - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Pfui! - Unglaublich! - Unverschämt! - Wieder vertuschen!)

Seit Jahren versuchen Sie mit allen Mitteln, mich zu beschädigen, um meine Partei zu treffen.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Der Täter stilisiert sich zum Opfer! - Zurufe von der CDU/CSU und der SPD: Oh!)

Es zeigt sich aber immer wieder, dass Sie frei von Kenntnissen und zumindest oftmals nur böswillig reagieren.

(Beifall bei der LINKEN - Hildegard Müller [CDU/CSU]: Sie sind Täter, nicht Opfer! - Markus Grübel [CDU/CSU]: Lügen haben kurze Beine!)

Vom Leben eines Anwalts in der DDR haben Sie schlicht und einfach keine Ahnung.

(Oskar Lafontaine [DIE LINKE], an die Abgeordneten gewandt: Hören Sie einmal zu!)

Nachdem ich die Verteidigung und Vertretung von Robert Havemann übernommen hatte,

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Staatsschutz, nicht Mandantenschutz!)

habe ich Folgendes erreicht: Gegen ihn wurde kein Strafverfahren mehr durchgeführt; es gab keine Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmen mehr. Nicht einmal Ordnungsstrafen wurden noch gegen ihn ausgesprochen. Der gegen ihn vorher verhängte Hausarrest wurde aufgehoben.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit! - Reinhard Grindel [CDU/ CSU]: Was ist mit Herrn Erwin?)

Der Verkauf eines weiteren Hauses auf seinem Grundstück an einen IM konnte durch mich verhindert werden. Robert Havemann konnte sogar an Feierlichkeiten zur Befreiung des faschistischen Zuchthauses Brandenburg mit Erich Honecker teilnehmen, was damals ein in westdeutschen Medien Erstaunen auslösendes, herausragendes Ereignis war.

(Beifall bei der LINKEN)

Nennen Sie mir andere Abgeordnete des Bundestages, die sich für Robert Havemann so eingesetzt haben wie ich und diesbezüglich so viel erreicht haben.

(Beifall bei der LINKEN - Julia Klöckner [CDU/CSU]: Das ist eine Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von der CDU/CSU: Peinlich! - Empörend! - Unerhört!)

Der Stern schilderte einen Fall, in dem ein angeblicher IM Gespräche mit der Staatssicherheit geführt haben soll, obwohl er in Wirklichkeit zu dieser Zeit auf einer Theaterbühne stand, also gar nicht mit der Staatssicherheit sprechen konnte. Hierzu erklärte die Bundesbeauftragte für die Unterlagen der Staatssicherheit, dass sie Diskrepanzen zwischen dem Akteninhalt und tatsächlichen Begebenheiten nicht untersuchen dürfe.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Wo waren Sie denn nun? Waren Sie im IM-Abhördienst oder nicht?)

Die Behörde sei auch nicht befugt, Unterlagen zu bewerten, und auch nicht, Wahrheitsfeststellungen zu treffen. Das alles können Sie in Nr. 16/2008 des Stern auf Seite 135 nachlesen. Bei mir aber versuchte der Bundesbeauftragte bzw. die Bundesbeauftragte seit Jahren Gegenteiliges, das heißt, den Vergleich von Akteninhalt und tatsächlichen Begebenheiten, Bewertungen der Unterlagen und vermeintliche Wahrheitsfeststellungen.

(Dr. Stephan Eisel [CDU/CSU]: Sprechen Sie doch einmal über das, was Sie gemacht haben! - Maria Michalk [CDU/CSU]: Warum sprechen Sie denn nicht frei?)

Sie unterstellen mir, dass ich die Staatssicherheit über Robert Havemann im Oktober 1979 direkt informiert hätte.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Das hat das Gericht bestätigt! - Reinhard Grindel [CDU/ CSU]: Das ist erwiesen!)

Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Staatssicherheit sich erst im September 1980 entschied, meine Eignung als IM zu prüfen. Welcher Schwachsinn, wenn ich schon längst mit ihr zusammengearbeitet hätte.

(Beifall bei der LINKEN - Christel Riemann-Hanewinckel [SPD]: Da konnte man doch schon vorher sein, ohne Unterschrift! - Zuruf von der CDU/CSU: Alles falsch!)

1986 stellte die Staatssicherheit endgültig durch Beschluss fest, dass ich als IM nicht infrage käme,

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Weil Sie Anwalt waren!)

weil ich - nun wörtlich - "zur Aufklärung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit nicht geeignet" war. Die Staatssicherheit versuchte nicht einmal, mich anzuwerben.

(Maria Michalk [CDU/CSU]: Ja, weil Sie als Chef der Anwaltskammer Funktionsträger waren!)

Sie wollen auch nicht zur Kenntnis nehmen, dass die Staatssicherheit anschließend gegen mich eine operative Personenkontrolle zu meiner Überwachung eröffnete, unter anderem wegen meiner Kontakte zu Mitarbeitern der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland in der DDR, wegen meiner Kontakte zu westdeutschen Journalisten, wegen meiner Kontakte zu ehemaligen Mandanten, das heißt zu Dissidenten, deren Verfahren bereits abgeschlossen waren oder die die DDR schon verlassen hatten, zum Beispiel zu Rudolf Bahro. Wegen so bedeutender Dissidenten wie Robert Havemann und Rudolf Bahro hatte ich in deren Auftrag regelmäßig Gespräche mit Mitarbeitern der Abteilung "Staat und Recht" des Zentralkomitees der SED. Sie haben bis heute nicht begriffen, dass diese Partei in der DDR die führende Rolle spielte.

(Lachen bei der CDU/CSU und der SPD - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Wir wissen schon, dass das Ihre Partei war!)

Sie haben nicht begriffen, dass ich deshalb nur über diese Kontakte und nicht über ein Kreisgericht als Rechtsanwalt versuchen konnte, für beide Mandanten das zu erreichen, was sie wollten und was zum Teil auch gelang Robert Havemann war zum Zeitpunkt des Endes der DDR bereits gestorben. Ich hatte ihn bis zu seinem Tod vertreten. Rudolf Bahro hat auch nach der Wende meinen anwaltlichen Einsatz mehrfach und ausdrücklich gewürdigt.

(Beifall bei der LINKEN)

In der DDR entschied das ZK der SED, wen es über solche Gespräche wie die mit mir informierte. Das galt auch hinsichtlich der Staatssicherheit. Hätte ich versucht, parallele Beziehungen zur Staatssicherheit aufzubauen, hätten die Mitarbeiter der Abteilung Staat und Recht des ZK der SED die Gespräche mit mir beendet.

(Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Wenn sie es gewusst hätten!)

Wozu sollte ich das riskieren?

Sie begreifen nicht, dass ich schon damals so souverän war wie heute.

(Beifall bei der LINKEN - Lachen bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich hatte Gespräche mit dem Zentralkomitee, der führenden Kraft der DDR. Ich brauchte keine Kontakte zur Staatssicherheit. Sie waren gar nicht nötig, entsprachen weder meinem Stil noch meiner Würde. Aus den Unterlagen ergibt sich klar, dass die Staatssicherheit mich überwachte, mich nicht mochte. Das nützt mir bei Ihnen gar nichts, weil Sie sich sehnlichst das Gegenteil wünschen.

(Beifall bei der LINKEN - Zurufe von der CDU/CSU: Oh!)

Ich weiß nicht, inwieweit Ihre wiederholten, mich persönlich diffamierenden Attacken in den letzten Jahren meiner Gesundheit geschadet haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Oh ja!)

Aber eines weiß ich: So schaffen Sie letztlich weder mich noch die Linke.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN - Die Abgeordneten der LINKEN erheben sich - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Ein sauberer Demokrat, der den Saal verlässt! - Zurufe von der CDU/CSU: Peinlich! - Zurufe von der SPD: Unverfroren! - Unwürdig!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun der Kollege Thomas Strobl das Wort.
(Beifall bei der CDU/CSU)

Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):

Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der 1. Ausschuss des Deutschen Bundestages überprüft die Abgeordneten auf eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR. Diese Überprüfung nach § 44 c des Abgeordnetengesetzes ist grundsätzlich freiwillig. Lediglich dann, wenn der 1. Ausschuss mit einer Zweidrittelmehrheit das Vorliegen von konkreten Anhaltspunkten für den Verdacht einer Stasiverstrickung feststellt, erfolgt die Überprüfung auch ohne Zustimmung des Betroffenen.

Bereits in der 12. und 13. Wahlperiode sind gegen den heutigen Fraktionsvorsitzenden der Linken Dr. Gregor Gysi ohne dessen Zustimmung zwei Verfahren durchgeführt worden. Fast ist man geneigt, zu sagen: natürlich ohne dessen Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Denn bis heute hat Kollege Gysi nichts zur Aufklärung der ihm zur

Last gelegten Vorwürfe beigetragen, sich nicht einmal von der Staatssicherheit öffentlich distanziert. Das finde ich bemerkenswert.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Auf der Grundlage der Expertisen der Stasi-Unterlagen-Behörde, der akribischen Prüfung und Bewertung der beim damaligen Bundesbeauftragten aufgefundenen Dokumente sowie der zahlreichen Stellungnahmen Gysis selbst hat der 1. Ausschuss im Mai 1998 eine - ich zitiere - "inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen festgestellt".

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Wörtlich - ich darf in diesem Zusammenhang aus der entsprechenden Drucksache zitieren - lautete damals das Urteil des Ausschusses: Dr. Gregor Gysi hat in der Zeit seiner inoffiziellen Tätigkeit Anweisungen seiner Führungsoffiziere über die Beeinflussung seiner Mandanten ausgeführt und über die Erfüllung seiner Arbeitsaufträge berichtet. Er hat sich hierauf nicht beschränkt, sondern auch eigene Vorschläge an das MfS herangetragen. Dr. Gysi hat seine herausgehobene berufliche Stellung als einer der wenigen Rechtsanwälte in der DDR genutzt, um als Anwalt auch international bekannter Oppositioneller die politische Ordnung der DDR vor seinen Mandanten zu schützen.

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er hat als Anwalt international bekannter Oppositioneller die politische Ordnung der DDR vor seinen Mandanten geschützt, nicht etwa seine Mandanten vor der DDR-Diktatur.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Anders gesagt: Er hat seine Mandanten in gemeiner Weise an die Staatssicherheit verraten. Das ist für einen Anwalt eine Schande.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang möchte ich nebenbei bemerken, dass Dr. Gregor Gysi, was eine Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der DDR betrifft, in der Fraktion Die Linke kein Einzelfall sein dürfte. So haben sich seit Beginn dieser Wahlperiode im Deutschen Bundestag insgesamt 141 Abgeordnete freiwillig auf eine Stasitätigkeit überprüfen lassen; darunter befand sich genau ein einziges Mitglied der Fraktion Die Linke. Auch das ist eine Schande.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP - Dr. Carl-Christian Dressel [SPD]: Hört! Hört! - Hildegard Müller [CDU/CSU]: Was für eine Schande!)

Im Bericht des 1. Ausschusses ist auch das Verhältnis Gysi zu seinem damaligen Mandanten Robert Havemann untersucht worden. Gysi übernahm die anwaltliche Vertretung Havemanns, der im Zweiten Weltkrieg nur knapp der Vollstreckung eines Todesurteils der Nationalsozialisten entgangen war und dann in den 60er-Jahren von der SED aus der Humboldt-Universität vertrieben und schließlich durch Hausarrest und Kontaktverbot in der DDR in die Isolation gezwungen wurde.

Der Ausschuss sah es als erwiesen an, dass der heutige Fraktionsvorsitzende der Linken im Zeitraum von Ende 1979 bis 1982 personenbezogene Informationen über seinen Mandanten an den Staatssicherheitsdienst weitergegeben hat. Der Bruch des Anwaltsgeheimnisses ist in unserem Rechtsstaat eine schwere Straftat und wird entsprechend bestraft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Hans-Joachim Otto [Frankfurt] [FDP] - Jörg Tausch [SPD]: Fünf Jahre!)

Aber an Gemeinheit und Niedertracht kaum zu übertreffen ist es, einen Mandanten, der unter einer brutalen Diktatur für die Freiheit des Denkens eintritt, an den Geheimdienst ebendieser Diktatur zu verraten. Das ist mehr als eine Schande. Das ist infam und niederträchtig.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Havemann war indessen nur das prominenteste Opfer, nicht aber der einzige Mandant, den Gysi an die Staatssicherheit verraten hat. Dabei wurde Gysi vom Ministerium für Staatssicherheit eine - ich zitiere - "umsichtige und parteiliche Erfüllung" der ihm gestellten Aufgaben bescheinigt, und er wurde von seinem Führungsoffizier Lohr für seine - ich zitiere - "Zuverlässigkeit und eine hohe Einsatzbereitschaft" gelobt.

(Hildegard Müller [CDU/CSU]: Hört! Hört! - Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Ebenso wie Havemann von Gysi verraten wurde, erging es dem Oppositionellen Rudolf Bahro, um ein weiteres Beispiel zu nennen. So wurde in einem Stasivermerk über ein Gespräch Gysis ausgeführt - ich zitiere aus dem Bericht des 1. Ausschusses -:

Er persönlich

- also Gysi -

... halte Leute wie BAHRO für unverbesserliche Feinde des Sozialismus, die man besser rechtzeitig versuchen sollte, in die BRD abzuschleppen, da eine ideologische Umerziehung unmöglich

sei. ... Des weiteren gab er der Hoffnung Ausdruck, daß eine gerichtliche Hauptverhandlung, falls eine solche stattfindet, nur "in ganz kleinem Rahmen" durchgeführt wird und nicht aus "falschem Demokratieverständnis" ein größerer Prozeß stattfindet. So das Mandanten-Anwalt-Verhältnis aus Sicht des Rechtsanwaltes Dr. Gysi. Es ist eine Schande.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man reibt sich bei der Lektüre dieser Zeilen verwundert die Augen und fragt sich erstaunt, wie Herr Gysi, der nach Auffassung des 1. Ausschusses des Deutschen Bundestages ein Inoffizieller Mitarbeiter der Staatssicherheit war und unter gemeinsamem, ja liederlichstem Verrat seiner Mandanten Informationen an die Repressionsorgane der DDR weitergab, Abgeordneter, ja Vorsitzender einer Fraktion im Deutschen Bundestag werden konnte.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Das ist eine Schande!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Strobl, das Zeichen am Pult zeigt Ihnen, dass Sie Ihre Redzeit bereits eine Minute überschritten haben.

(Hildegard Müller [CDU/CSU]: Man könnte ihm aber ohne Ende zuhören!)

Thomas Strobl (Heilbronn) (CDU/CSU):

Ich komme gleich zum Ende, Frau Präsidentin.

Das Ziel der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes unter Einbindung von Dr. Gysi war nämlich kein geringeres als die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR, falls notwendig auch durch ihre brutale Zerschlagung oder die Vertreibung und Verschleppung ihrer Angehörigen in Gefängnisse.

Ich sage es klipp und klar: Wer solche Sauereien begangen hat, ist als Volksvertreter diskreditiert. Der Abgang ist überfällig.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ziehen Sie die notwendigen Konsequenzen - Sie, Herr Kollege Dr. Gysi, ganz persönlich und Sie in der Fraktion Die Linke ganz links in diesem Hause!

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU/CSU: Bravo!)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Wolfgang Wieland das Wort.

Wolfgang Wieland (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als jemand, der selber seit 30 Jahren als Anwalt tätig ist - gleicher Jahrgang wie der Kollege Gysi - und das Glück hatte, diesen Beruf nie unter den Bedingungen einer Diktatur ausüben zu müssen, neige ich wahrlich nicht zur Selbstgerechtigkeit. Ich lasse mir aber auch nicht sagen, dass ich, weil ich nicht unter dieser Diktatur gelebt habe, nicht in der Lage bin, zu beurteilen, was ein Anwalt in der DDR tun durfte oder nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Hier ist wahrlich nicht alles beliebig.

Wenn der Mandant das weiß und ihn beauftragt hat, kann und muss der Anwalt auch mit dem Teufel reden. Das gehört zum Job. Es muss aber Folgendes klar sein: Er tut das im Auftrag und im Interesse des Mandanten und handelt nicht im Auftrag des Teufels. Hier muss Klarheit herrschen. Diese fehlt bei Gysi.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Dass wir hier kein neutrales Gremium sind, brauchte uns der Kollege nicht zu sagen. Hier geht es auch um parteipolitische Interessen. Das ist doch gar keine Frage. Ich gebe auch zu, dass die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit oft aufgeregt vonstattenging, was aus Sicht der Opfer auch völlig verständlich ist. Wie sollten sie da emotionslos sein?

Das alles erklärt, warum es Schwierigkeiten im Umgang mit der Wahrheit gibt und warum es für den Einzelnen schwierig ist, ehrlich zu sein. Das kann aber niemals entschuldigen, dass man bis zum heutigen Tag ein Lügengebäude aufrechterhält, das im Übrigen gerade implodiert. Das tut Gysi bis zum heutigen Tag mit seiner Kette von Prozessen und seinem ständigen Versuch, die Kolportage dessen, was wir hier sagen, durch die Medien zu verhindern. Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichtes hat er noch eine Chance gehabt, umzudenken. Er hat sie wiederum verstreichen lassen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Die Aktenlage ist widerleglich, aber man muss sie begründbar widerlegen. Ein Zitat des MfS-Majors Günter Lohr vom 27. November 1980:

So bewies er in der bisherigen Zusammenarbeit Zuverlässigkeit und eine hohe Einsatzbereitschaft, als er den Rechtsbeistand im Prozeß gegen Bahro übernahm und im Verfahren gegen Robert Havemann wegen

Verstoßes gegen das Devisengesetz unter strenger Einhaltung der Konspiration über geplante Aktivitäten, über das weitere Vorgehen von Verbindungspersonen, Ziele und Absichten über die Rechtslagen und ihre Folgen berichtete.

Die Zielstellung besteht darin, dass der Kandidat nach Abstimmung mit dem MfS ... Pläne, Absichten und Vorhaben des Havemann, seiner Familienmitglieder, seines Freundes- und Bekanntenkreises im Rahmen seiner anwaltlichen Aufgaben in Erfahrung bringt mit dem Ziel, diese für eine positive Beeinflussung, operative Nutzung bzw. für Zersetzungsmaßnahmen zu nutzen.

Es steht dort ebenfalls:

Der Kandidat soll mündlich, durch Handschlag, verpflichtet werden und den Decknamen "Notar" erhalten.

Das hat die Stasi zu Papier gebracht.

Nun hat sich Gregor Gysi hier hingestellt und gesagt, dass fünf, sechs Jahre später festgestellt wurde, dass er als IM nicht geeignet war. Das ist überhaupt kein Widerspruch und widerlegt nicht, dass er zunächst zugearbeitet und tatsächlich einen eklatanten Mandanten- und Parteiverrat begangen hat. Dafür spricht alles.

Seine bisherige Verteidigungslinie war, es seien nur Vieraugengespräche gewesen, die abgehört worden sein könnten, und es könnte jemand Unterlagen aus seinem Anwaltsbüro gestohlen haben.

(Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Lächerlich!)

Zu dieser bisherigen Verteidigungslinie zitiere ich das Verwaltungsgericht Berlin. Es hat Folgendes gesagt - das ist die neue Qualität -:

Nach alledem handelt es sich bei diesem Vorbringen zur Überzeugung der Kammer um eine nicht glaubhafte bloße Schutzbehauptung.

Ich wiederhole: "eine nicht glaubhafte bloße Schutzbehauptung".

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD, der CDU/CSU und der FDP - Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Jetzt ist das gerichtlich festgestellt!)

Diese Aussage des Verwaltungsgerichtes ist durch die Berufungsrücknahme, die Gysi selber vorgenommen hat, bestandskräftig geworden.

Was wollen Sie denn eigentlich? Sie stellen sich hier hin und sagen, dass alles sei für Ihren Parteitag getimt gewesen. Dabei ist es Sache von Herr Gysi, wann er seine Berufung zurücknimmt. Er hätte das vor einem Jahr tun können; er hätte sie gar nicht einzulegen brauchen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNIS-SES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völlig durchsichtig, wie Sie sich verhalten.

Als Nächstes wurde Marianne Birthler angegriffen. Gysi sagte, sie werde als Archivarin bezahlt und führe sich wie eine Art Polizeiermittlerin auf. Ich sage: Sie hätten es gerne, wenn die

Stasi-Unterlagen-Behörde nur ein Teil des Bundesarchivs wäre. Darauf arbeiten Sie hin. Noch ist es aber eine aktive Aufklärungsbehörde.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Wenn sie diesen Aufgaben nachkommt, ist sie nicht zu kritisieren. Das Verwaltungsgericht hat dazu festgestellt, dass die Behörde berechtigt - das Gericht sagt: "sogar verpflichtet" - sei, die Unterlagen an das Nachrichtenmagazin Der Spiegel herauszugeben. Sie musste aufgrund der Gesetzeslage so handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Fazit: Gregor Gysi selber hat einmal als Begründung dafür, dass die SED nicht aufgelöst, sondern weitergeführt wurde - zunächst als SED/PDS, heute als Linkspartei -, gesagt: Die Geschichte braucht eine Anlaufstelle, eine Adresse; deswegen können wir nicht einfach verschwinden. Die Geschichte braucht aber keine Schutzbehauptungen. Sie braucht vor allem die Wahrheit. Eine Parole aus dem Prag des Jahres 1968 lautete: "Die Wahrheit ist revolutionär." Sie verändert die Wirklichkeit und lässt sich durch niemanden auf Dauer unterdrücken, schon gar nicht durch Gregor Gysi.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Stephan Hilsberg das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Stephan Hilsberg (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Glauben Sie mir, dass es mir nicht leichtfällt, zu diesem Thema zu sprechen, obwohl ich mich in meiner politischen Biografie viel mit Staatssicherheit auseinandergesetzt habe.

Es fällt mir schwer, meine Gedanken und erst recht meine Gefühle zum Ausdruck zu bringen. Ich werde das auch gar nicht richtig können.

Ich werde versuchen, bei dem Thema ruhig zu bleiben, weil über einen solch schwierigen Sachverhalt nur in Ruhe diskutiert werden kann. Aber es ist unerträglich, in welcher Art und Weise diese Partei - Die Linke und insbesondere ihr Frontmann Gregor Gysi - nach wie vor versucht, uns zu belügen und zu betrügen und die Öffentlichkeit zu täuschen. Das ist in jeder Hinsicht unerträglich, und zwar nicht nur für die Opfer, sondern für jeden, der ein solches Schicksal miterlebt hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN)

Es geht, wie gesagt, nicht nur um die Opfer. Es geht um Aufklärung. Wir werden die Zukunft nicht gewinnen können, ohne uns ein den Sachverhalten angemessenes Bild von den Fakten zu machen, die die DDR bestimmt haben. Dazu gehört die konspirative Machtausübung des Ministeriums für Staatssicherheit, die untrennbar mit der Stabilität verbunden ist, die die DDR bis 1989 besaß.

Wie schwer einem die Aufklärung gemacht wird, zeigt der Beitrag des Kollegen Gysi aufs Neue. Wir sind nicht die Einzigen, die davon betroffen sind. Jedes Mal, wenn jemand versucht, die Wahrheit und seine eigenen Erfahrungen zum Ausdruck zu bringen, wenn Betroffene bzw. ehemalige Opfer des Staatssicherheitsdienstes wie Erwin Thomas oder jetzt Erwin Klingenstein äußern, dass Gregor Gysi vermutlich IM gewesen sei, werden sie von Gregor Gysi mit Gerichtsverfahren überzogen.

Gregor Gysi hat eine ungeheure Kampagnenaktivität entfaltet, um zu verhindern, dass irgendjemand in diesem Deutschland sagt, was tatsächlich der Fall war, nämlich dass Gregor Gysi mit dem Ministerium für Staatssicherheit aufs Allerengste zusammengearbeitet hat.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Bundestag damit beschäftigt. Wir waren es der friedlichen Revolution und vor allem den Bürgern schuldig, Aufklärung darüber zu leisten, inwieweit die Hinterlassenschaft der konspirativen Tätigkeit für die Staatssicherheit in den heutigen Bundestag hineinreicht. Wir hatten niemals das Recht, einem Abgeordneten, der unter den Bedingungen der Demokratie frei gewählt ist, das Mandat abzusprechen, wie es in einigen Landesparlamenten versucht wurde. Ich habe das auch immer für richtig gehalten. Aber wir hatten die Pflicht - der sind wir auch nachgekommen -, über die tatsächlichen Hintergründe aufzuklären.

Wir haben uns mit Abgeordneten aus den verschiedensten Parteien beschäftigt. Es war kein Zufall, dass die meisten der Abgeordneten, die mit der Staatssicherheit zu tun hatten, in den Reihen der damaligen PDS zu finden sind. Ich will nicht alle Namen aufzählen, die an dieser Stelle eine Rolle gespielt haben. Dazu gehört auch Gregor Gysi.

Wir haben uns lange und auf rechtsstaatliche Weise absolut fair und sehr intensiv mit der Staatssicherheit und der Aktenlage Gregor Gysis beschäftigt. Wir haben uns dafür ein eigenes Verfahren gegeben, das wir wohlabgewogen haben. Wir haben uns dafür Zeit genommen und die gesamten Unterlagen studiert. Die Dokumente füllen Bände, glauben Sie mir. Die Liste derjenigen, die

Gregor Gysi bespitzelt hat, liest sich wie ein Who's Who der DDR-
Opposition. Nicht alle, aber doch sehr viele sind darunter.
Anschließend haben wir ein Urteil gefällt, das Gregor Gysi nie
akzeptiert hat. Das ist sein gutes Recht. Wir haben erst mit
Zweidrittelmehrheit im Immunitätsausschuss und dann mit der großen
Mehrheit der Bundestagsabgeordneten festgestellt, dass wir die
Tätigkeit von Gregor Gysi für die Staatssicherheit der ehemaligen
DDR als erwiesen ansehen. Dabei geht es gar nicht um die
Betitelung, ob er nun IM war oder nicht; das spielt überhaupt
keine Rolle. Die entscheidende Frage lautet: Wie ist sein
Verhältnis zur Staatssicherheit zu bewerten? Das hat auch nichts
mit seiner anwaltlichen Tätigkeit zu tun, sondern einzig und
allein damit, wie eng er mit den Mitarbeitern der Staatssicherheit
zusammengearbeitet hat. Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass es
über Jahre enger im Grunde genommen gar nicht ging.

Zum Schluss haben wir eine politische Bewertung vorgenommen, wozu
wir auch verpflichtet gewesen waren. Sie findet sich in der
Bundestagsdrucksache 13/10893. Dort heißt es, der Ausschuss habe
"eine inoffizielle Tätigkeit des Abg. Dr. Gregor Gysi ... als
erwiesen festgestellt." Weiter heißt es:

Dr. Gysi hat in dieser Zeit

- es geht um die 70er- und 80er-Jahre -

nachweislich ... unter verschiedenen Decknamen dem MfS inoffiziell
zugearbeitet.

Dort steht, dass er von der Abteilung XX geführt wurde, der
Abteilung, die für PUT und PID zuständig war, für Politische
Untergrundtätigkeit und Ideologische Diversion, womit natürlich
sämtliche Oppositionellen gemeint waren.

Zum Schluss heißt es dort:

Dr. Gregor Gysi hat in der Zeit seiner inoffiziellen Tätigkeit
Anweisungen seiner Führungsoffiziere über die Beeinflussung seiner
Mandanten ausgeführt und über die Erfüllung seiner Arbeitsaufträge
berichtet. Er hat sich hierauf nicht beschränkt, sondern auch
eigene Vorschläge an das MfS herangetragen. Dr. Gysi hat seine
herausgehobene berufliche Stellung als einer der wenigen
Rechtsanwälte in der DDR genutzt, um als Anwalt auch international
bekannter Oppositioneller die politische Ordnung der DDR vor
seinen Mandanten zu schützen. Um dieses Ziel zu erreichen, hat er
sich in die Strategien des MfS einbinden lassen, selbst an der
operativen Bearbeitung von Oppositionellen teilgenommen und
wichtige Informationen an das MfS weitergegeben.

(Zurufe von der CDU/CSU: Ungeheuerlich!)

Auf diese Erkenntnisse war der Staatssicherheitsdienst zur
Vorbereitung seiner Zersetzungsstrategien dringend angewiesen. Das
Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die
möglichst wirksame

- jetzt kommt es -

Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR.

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Hilsberg, schauen Sie bitte auf die Uhr.

Stephan Hilsberg (SPD):

Gestatten Sie mir, auch wenn die Redezeit etwas überzogen ist, eine kurze Bemerkung zum Schluss. Abgesehen davon, dass Gregor Gysi dreimal versucht hat, dieses Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht zu verhindern - was ihm nicht gelungen ist -, bleibt eines festzuhalten: Wir haben uns damals dazu durchgerungen, dieses Verfahren durchzuführen, und können uns, wie ich glaube, nach wie vor dazu bekennen. Es ist schwer und zeigt Belastendes, nicht nur für Sie als Partei, in deren Reihen sich auch Opfer befinden. Es zeigt, wie schwer die Verdrängungsarbeit sein muss, so etwas immer wieder wegzutun, umzuwerten und dem sogar noch einen humanen Anstrich zu geben. Tun Sie sich den Gefallen und gehen Sie in sich! Sie täten sich selbst, Ihrem Gewissen und der deutschen Öffentlichkeit einen großen Gefallen.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat der Kollege Stephan Mayer das Wort.

Stephan Mayer (Altötting) (CDU/CSU):

Sehr verehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen! Sehr geehrte Kollegen! Es ist schon schauderhaft und abscheulich, mit welcher Chuzpe und mit welchem Zynismus der Abgeordnete - ich möchte ihn gar nicht als Kollegen bezeichnen - Gregor Gysi am Rednerpult des Deutschen Bundestages freiweg behauptet, er sei ein großer Gegner der Stasi gewesen und niemand habe in der ehemaligen DDR so viel für Robert Havemann getan wie er. Dies ist eine Verhöhnung und Missachtung der Tausende von Opfern, die in der ehemaligen DDR gedemütigt, physisch und psychisch gefoltert wurden, unter anderen sein ehemaliger Mandant Robert Havemann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

So viel Bescheidenheit und so viel Zurückhaltung ist man an sich von dem Abgeordneten Gysi gar nicht gewohnt, dass er sich zunächst einmal in die letzte Reihe setzt, dann seinen Redetext abliest, was man ebenfalls nicht gewohnt ist, und anschließend sofort wieder verschwindet. Wenn Herr Gysi Rückgrat hätte, würde er sich in die erste Reihe setzen und zuhören, was wir ihm zu sagen haben. Ehrlichkeit erfordert Mut, und die Wahrheit ist manchmal hart; aber es ist höchste Zeit, dass der Abgeordnete Gysi endlich Verantwortung übernimmt, dass er sich endlich der Verantwortung stellt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Berichte der BIRTHLER-Behörde aus den Jahren 2004 und 2005 lassen keinen Zweifel, dass Gysi Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war. Gysi ist es - das ist erwiesen -, der mit Thomas Erwin - der später den Namen Klingenstein annahm - am 3. Oktober 1979 von Grünheide mit dem Auto nach Berlin fuhr, und es ist auch bekannt, dass die Informationen, um die es geht, durch einen gezielten IM-Einsatz bekannt wurden, also nicht aus einer Telefonabhöraction im Hause Havemann stammen können. Damit steht unzweifelhaft fest, dass diese Informationen der Informelle Mitarbeiter Gregor Gysi an seinen Führungsoffizier weitergeleitet haben muss. Da hilft keine Nonchalance, da hilft keine Showmasterattitüde. Es ist offenkundig, dass Gregor Gysi tief in das Unrechtsregime der DDR verstrickt war. Er hat Mandanten verraten. Auf Parteienverrat steht in Deutschland eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren. Bereits 1998 hat der Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität in einem Bericht festgestellt - mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten -, dass erwiesen ist, dass Dr. Gregor Gysi als Informeller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig war. Auch in dem Gutachten der Gauck-Behörde von 1995 wird dargestellt, dass Gregor Gysi offenkundig unter den Decknamen Gregor, Lothar oder auch Sputnik dem MfS zugearbeitet hat.

Wie schon erwähnt: Der Führungsoffizier von der Stasi hat die Zuverlässigkeit und die hohe Einsatzbereitschaft seines IM sehr gelobt. Damit steht fest, dass Gregor Gysi wissentlich und willentlich das Ministerium für Staatssicherheit unterrichtet hat, seinen Mandanten Robert Havemann der Stasi ausgeliefert hat. Es ist ein besonderes Stück Sarkasmus, dass Gysi, als er ein Jahr nach der besagten Autofahrt im Stasigefängnis Berlin-Hohenschönhausen zu Thomas Klingenstein gesagt hat: So sieht man sich wieder. Dies zeigt, welch Geistes Kind Gregor Gysi ist. Es ist höchste Zeit, dass Gregor Gysi für seine Missetaten Verantwortung übernimmt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, dass Gregor Gysis Verhalten leider Gottes auch für die heutige Linke exemplarisch ist. Die BIRTHLER-Behörde hat zutage gefördert, dass mindestens 7 der 53 Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linken Informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Unglaublich!)

Der - wenn auch mit einem schlechten Ergebnis - wiedergewählte Bundesvorsitzende der Linken, Klaus Ernst - auch er hat den Plenarsaal bereits verlassen -, hat in der vergangenen Woche wortwörtlich gesagt: "Es bestehen zum Teil noch die alten PDS-Strukturen."

Die Linke ist die Nachfolgepartei der PDS, die PDS wiederum ist die Nachfolgepartei der SED, einer Partei, die ein brutales, menschenverachtendes Regime, ein Unrechtsregime aufrechterhalten hat. Es ist höchste Zeit, dass dafür endlich die Verantwortung übernommen wird. Wir können den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi nur auffordern, endlich die Verantwortung zu übernehmen, seine politischen Ämter niederzulegen und, mindestens genauso wichtig, seine Zulassung als Rechtsanwalt zurückzugeben.
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD, der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die SPD-Fraktion hat nun der Kollege Carl-Christian Dressel das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als unerträglich empfand ich das Verhalten der beiden Vorsitzenden der sogenannten Linksfraktion und ihres Hofstaats zu Beginn dieser Debatte,

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

hier aufzutauchen, auf den hinteren Rängen links Platz zu nehmen und nach dem Wortbeitrag des Abgeordneten Gregor Gysi diesem folgend den Plenarsaal des Deutschen Bundestages zu verlassen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Eine Missachtung des Parlaments!)

Einen solchen Klamauk in dieser Aktuellen Stunde, in der es um einen der Vorsitzenden der Linksfraktion geht, aufzuführen, stellt in meinen Augen eine Verhöhnung nicht nur des Deutschen Bundestages, sondern des Parlamentarismus insgesamt dar.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lachen Sie nicht so töricht, meine Damen und Herren von der Linksfraktion! Hören Sie sich an, was Sie betrifft, und sagen Sie bitte Ihren Fraktionsvorderen, dass sie anwesend sein sollten, wenn es um ihre eigene Vergangenheit geht.

Es muss aber nicht die weitere Vergangenheit sein. Wenn ich in einer Tickermeldung lese, dass der Kovorsitzende der sogenannten Linksfraktion, Herr Oskar Lafontaine, fordert, Frau Merkel solle Frau Birthler als Behördenchefin abziehen

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

- klatschen Sie nur, Frau Jelpke! -, dann zeigt das für mich, wes Geistes Kind Sie sind.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Beauftragte für die Stasi-Unterlagen wird nach § 35 Abs. 2 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes auf Vorschlag der Bundesregierung vom Deutschen Bundestag gewählt.

(Zuruf von der CDU/CSU: Das ist Parlamentarismus!)

Das heißt, der Vorsitzende der sogenannten Linksfraktion verlangt nichts anderes, als dass die Kanzlerin dort eingreift, wo das Parlament gesprochen hat. Ein sauberes Demokratieverständnis ist das!

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Historisch lässt sich das gut in die Situation Ende 2006 einreihen, als der Deutsche Bundestag in breitem parlamentarischen Konsens das Stasi-Unterlagen-Gesetz beschlossen hat. Jetzt fällt Ihnen Ihr damaliger Änderungsantrag auf die Füße, der zum Ziel hatte, mit dem Auslaufen der damaligen Frist die Überprüfungsmöglichkeiten zu beenden. Sie wollen Schlussstriche und Freisprüche. Aber das macht die übergroße Mehrheit des Deutschen Bundestages nicht mit.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Sie handeln ausschließlich aus eigenem Interesse.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Causa Gysi bestätigt die Richtigkeit der Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Sie bestätigt aber auch, dass Ihnen Ihre Tricks wie die fortlaufende Umbenennung Ihrer Partei und eine um sich greifende Ostalgie nichts nutzen, die Vergangenheit ungeschehen zu machen. Kollege Mayer hat Herrn Ernst laut Süddeutscher Zeitung vom 27. Mai mit den Worten zitiert - man könnte ihn häufiger zitieren -: Die alten PDS-Strukturen bestehen fort. - Sehr wahr! In Abwandlung eines Spruchs Ihres Frontmanns Lafontaine: Sie sind an diesem Tag ganz besonders die Partei von Gregor Gysi. Sie verklären noch immer die kommunistische Diktatur in der DDR.

(Zuruf von der CDU/CSU: So ist es!)

Sie haben sich nur in den wenigsten Punkten von Ihrer Vergangenheit distanziert.

(Zuruf von der CDU/CSU: Manche gar nicht!)

Wie sehr die Wahrheit dieser Erblast auf Ihnen lastet, macht diese Debatte deutlich.

Wenn wir einen Ausflug ins Internet unternehmen, dann sehen wir, dass Sie bei Ihrer Internetpräsenz von einem Gründungsparteitag der sogenannten Linken sprechen. Die Vergangenheit davor ist ausgeblendet und ist nur noch in den Onlinearchiven von WASG und PDS zugänglich. Dort erfährt man genauso wie auf der Website oder im offiziellen Lebenslauf von Gregor Gysi, dass er seit 1989 Vorsitzender der PDS gewesen sei. Meine Damen und Herren, vom 16./17. Dezember 1989 bis zum 4. Februar 1990 nannten Sie Ihre Partei noch SED/PDS. Das versucht Herr Gysi geschichtsklitternd aus seinem Lebenslauf zu tilgen. Das ist bezeichnend für Sie in der sogenannten Linkspartei insgesamt.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dass und inwieweit Herr Gysi willentlich und wissentlich für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet hat, hat der Deutsche Bundestag ausdrücklich festgestellt, und er hat seine Schutzbehauptungen gewürdigt. Wenn er jetzt mit Klagen und Anträgen auf einstweilige Verfügung um sich wirft, dann zeigt das seine Meinung von der Pressefreiheit. Ich kann nur wiederholen, was Frau Birthler gesagt hat: Herr Gysi hat erwiesenermaßen willentlich und wissentlich für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.
Herr Gysi -

Vizepräsidentin Petra Pau:

Kollege Dr. Dressel, achten Sie bitte auf das Zeichen vor Ihnen.

Dr. Carl-Christian Dressel (SPD):

- danke, ich bin schon beim vorletzten Satz -, der nicht da ist - wir sind es gewohnt, auch in seiner Abwesenheit zu verhandeln -: Wenn Sie noch eine Spur von Charakter haben, dann ziehen Sie die Konsequenzen, legen Sie Ihre politischen Mandate nieder, geben Sie Ihre Anwaltszulassung zurück, und nehmen Sie aus Ihrer sogenannten Linksfraktion diejenigen gleich mit, für die erwiesenermaßen dasselbe gilt!
Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Für die Unionsfraktion hat nun die Kollegin Beatrix Philipp das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Beatrix Philipp (CDU/CSU) :

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist mir ein besonderes Bedürfnis, zu Beginn meiner Ausführungen Herrn Hilsberg ganz ausdrücklich für seine bemerkenswerten und beeindruckenden Worte zu danken.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer Herrn Hilsberg kennt, der weiß, dass er in vielen Gremien schmerzlich vermisst wird. Ich möchte das ausdrücklich hier am Anfang meiner Ausführungen sagen. Ich weiß natürlich, dass sein Appell, der zu unterstreichen ist, sicherlich ungehört verhallen wird.

Herr Dr. Dressel hat den Auftritt und den Abgang von Herrn Gysi als Klamauk bezeichnet. Dem ist eigentlich nicht viel hinzuzufügen, aber ich möchte doch noch sagen: Si tacuisses ... Das gilt natürlich für Herrn Gysi. Angesichts all der Opfer und deren Familien ist es ein Hohn, was sich Herr Dr. Gysi hier geleistet hat. Wer die Staatssicherheit zum Zeugen für seine Unschuld bemühen muss, ist weit gesunken. Das ist ein Schlag in das Gesicht aller,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

die die Staatssicherheit auf dem Gewissen hat. Wer bis jetzt auch nur ansatzweise am Ergebnis der Arbeit des Immunitätsausschusses gezweifelt hat, dürfte nach diesem Auftritt sicher sein, dass das Ergebnis ein richtiges gewesen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gehört auch dazu, zu sagen, dass Herr Havemann mehrfach erklärt hat, dass er einem Anwalt seines Vertrauens nicht zumuten könne, für ihn tätig zu werden. Herr Gysi war ein Element der Scheinjustiz. Auch das ist heute ganz eindeutig klar geworden. Ich habe mich die ganze Zeit gefragt, warum ich immer bedrückter und ärgerlicher werde, je länger diese Aktuelle Stunde dauert. Ich weiß jetzt auch, woran das liegt: Es ist der Kontext, in dem das stattfindet, es ist die unerträgliche Dreistigkeit, mit der die ehemaligen Stasioffiziere heute auftreten,

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

es ist die unverständliche Debatte über die Klarnamen im Rahmen einer Ausstellung, es ist die mangelnde Abgrenzung manch demokratischer Partei von SED, PDS, Linken - oder wie sie sich gerade nennen - und deren Umwerbung. Das macht mir Sorgen, und das regt mich fürchterlich auf.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Hoffnung, dass die Menschen das vergessen, darf nicht Wirklichkeit werden. Deswegen ist die Aktuelle Stunde heute richtig.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Mich regt noch etwas auf: Das sind die handelnden Personen, die mit ihrem Verhalten immer wieder den Beweis dafür liefern, und zwar bis in die letzten Minuten vor dieser Aktuellen Stunde, dass sie die Werkzeuge des MfS immer noch sehr wohl zu nutzen wissen. Dazu gehört Herr Gysi ebenfalls. Dafür hat er eben einen Beweis geliefert. Da wird bis in die letzten Minuten vor dieser Aktuellen Stunde in mannigfachen Anläufen und auf verschiedenen Wegen und mit unterschiedlichem Ergebnis versucht, Fakten zu leugnen, Fakten umzudeuten, Menschen unter Druck zu setzen, zu verhindern, dass die Wahrheit ans Licht kommt, bis es überhaupt nicht mehr anders geht. Das heißt heute hier: Man versucht, zu verhindern, dass Herr Erwin - jetzt Herr Klingenstein - aussagen kann. Er würde untermauern, was der Immunitätsausschuss 1998 als erwiesen festgestellt hat.

Da werden von dieser Stelle aus immer wieder hohe politische und moralische Ansprüche formuliert - natürlich an die Adresse der anderen. Da werden Menschenrechte eingefordert. Das heißt heute hier: Erst ein Gericht musste urteilen, dass die Schweigepflicht des Rechtsanwalts, auf die Herr Gysi sich immer wieder beruft, allein dem Schutz des Mandanten und nicht dem Schutz des Anwalts dient. Da meint man doch, der gesunde Menschenverstand würde einen verlassen.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wird versucht, ausgetüftelt juristisch zu argumentieren. Schon 1998 hat der Immunitätsausschuss Gysis inoffizielle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit festgestellt, worüber hier schon mehrfach berichtet wurde. Es wird immer wieder so getan, als wenn das eigentlich nicht so ganz richtig wäre. Deswegen wird auch jeder, der dies als Tatsache behauptet, sofort mit drastischen juristischen Sanktionen überzogen. Diese Reihe ließe sich beliebig fortsetzen, etwa mit dem heutigen Tickerdienst. Die absolute Spitzenmeldung dort ist nicht, dass Herr Gysi zurücktreten muss, sondern dass der Rücktritt von Frau Birthler gefordert wird. Das schlägt eigentlich dem Fass den Boden aus.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und: Herr Lafontaine fordert das. Wer noch ein bisschen mit seinem Gedächtnis unterwegs ist, der denkt vielleicht: Das ist eine alte Verbundenheit zu Herrn Honecker. Die hat es nämlich zweifellos einmal gegeben. Auch das sollte man an dieser Stelle nicht vergessen.

Wer Herrn Gysi in den letzten Jahren hier erlebt hat, der hat sich vielleicht einen Augenblick darüber gewundert, dass das Zurückziehen dieser Berufung eigentlich sehr ruhig, fast klammheimlich passiert ist. Es ist schon ein bemerkenswerter Vorgang, dass sogar die taz am 22. Mai titelte - ich zitiere -: "Gregor, gib's doch endlich zu!"

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dem ist eigentlich nichts hinzuzufügen.

Wenn man jetzt über Konsequenzen reden würde, würde man den Rahmen einer Aktuellen Stunde sprengen. Aber man kann nach diesen Feststellungen eigentlich nicht zur Tagesordnung übergehen.

(Wolfgang Börnsen [Bönstrup] [CDU/CSU]: Richtig!)

Nach wie vor stehen wir alle in der Verantwortung - gerade den Opfern der SED-Diktatur gegenüber -, Aufarbeitung so weit wie möglich und noch intensiver als bisher weiterzubetreiben. Darauf hat auch Herr Waitz hingewiesen. Die Arbeit der Birthler-Behörde ist dabei ebenso unverzichtbar wie die Fortführung und Intensivierung der Arbeit der automatisierten virtuellen Rekonstruktion der vorvernichteten Stasi-Unterlagen im Fraunhofer-Institut, hier in diesem Hause als "Schnipselmaschine" bekannt. Meine Damen und Herren, meine Fraktion wird allen Störmanövern, die jetzt schon zu bemerken sind und von denen wir jetzt schon wissen, entgegenwirken - egal, aus welcher Ecke und von welcher Seite sie kommen. Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Petra Pau:

Die Aktuelle Stunde ist beendet.